



Keine belastbaren Gründe für Geheimdienst

Anhörung zu Verfassungsschutz-Reformversuchen von Landesregierung und Grünen

Nachdem der Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz und seine Ersetzung durch eine Informations- und Dokumentationsstelle schon vor geraumer Zeit durch die Landtagsmehrheit abgelehnt worden war, befinden sich jetzt Gesetzentwürfe der Landesregierung und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im parlamentarischen Verfahren. Am 16. Mai fand dazu eine öffentliche Anhörung des Innenausschusses im Landtag in Erfurt statt.

Ein Geheimdienst könne keinen rechtsstaatlichen Ausgleich erzielen, indem er einmal Frühwarnsystem für Gefahren für eine demokratischen Gesellschaft sein soll und andererseits die demokratischen Grundrechte schützen, so lautete bei Katharina König, Mitglied des Innenausschusses für DIE LINKE, das Resümee der Anhörung. Keiner der Sachverständigen habe eine belastbare Begründung für die Notwendigkeit eines Geheimdienstes vortragen.

„Was geäußert wurde, wie durch den ehemaligen Berliner Innensenator Dr. Erhart Körting, lässt sich darauf reduzieren, dass der Staat nicht auf dieses Mittel verzichten sollte. Dass Bundesrichter a.D. Dr. Schäfer in Bezug auf den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gar als Argument anführte, ‚der Zweck heiligt die Mittel‘, lässt mich am demokratischen und rechtsstaatlichen

Verständnis zweifeln“, sagte Katharina König. „Nachrichtendienstliche Befugnisse und die Bevorratung mit anlasslos erhobenen Informationen sind kein rechtsstaatlich belastbarer Grund für eine derartig tief- und weitgehend in die Grundrechte eingreifende Behörde, deren Handeln keiner ausreichenden rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegt.“ So hatte die Vertreterin vom Republikanischen Anwältinnenverein, der von der Linksfraktion für die Anhörung im Erfurter Landtag vorgeschlagen wurde, darauf verwiesen, dass eine solche Kontrolle bei einer geheim agierenden Behörde auch schlicht ausgeschlossen ist.

„Nachrichtendienst ist Fremdkörper in einer demokratischen Gesellschaft“

Auch mit Blick auf die bestehenden Staatsschutzabteilungen bei der Polizei - und das Beispiel Österreich - bestünde keine Notwendigkeit für den Verfassungsschutz. Ein Nachrichtendienst sei „eigentlich ein Fremdkörper in der demokratischen Gesellschaft“, betonte die Vertreterin des Anwaltsvereins.

Harsche Kritik am Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz übten die Sprecher der Vernetzung der Thüringer Bürgerbündnisse, Initiativen und Netzwerke gegen Rechts, Madeleine Henfling und Harald Zeil. Noch kurz vor der Enttarnung des NSU habe der damalige VS-Chef betont, dass das Landes-

amt auf der Grundlage der Extremismustheorie arbeite. Daran habe sich bis heute nichts geändert, sie haben „nichts gelernt“, so Harald Zeil. Zu jedem Rechtsextremisten werde ein Linksextremist konstruiert. Und was im Zusammenhang mit dem Terrornetzwerk NSU ans Tageslicht gekommen sei, „war nicht Pleiten, Pech und Pannen“, es sei vielmehr, „und jedenfalls in der Wirkung“, eine bewusste Strategie gewesen, demokratisches Engagement niederzuhalten und rechtsextremistische Strukturen im Aufbau zu unterstützen.

Immer, wenn es brenzlig werde, Neonazis beispielsweise Immobilien erwerben, „dann bekommen wir die Hinweise nicht vom Verfassungsschutz“, so Madeleine Henfling namens der Thüringer Bürgerbündnisse, Initiativen und Netzwerke gegen Rechts - „da haben wir andere Stellen, die besser arbeiten“. Dazu gehöre übrigens auch die Polizei.

Abschließend sei noch einmal Katharina König zitiert: „Ein demokratisch kontrollierter und rechtsstaatlich überprüfbarer Geheimdienst ist kein Geheimdienst mehr. Durch die Abschaffung des Verfassungsschutzes würde auch keinesfalls eine Lücke in der Sicherheitsarchitektur entstehen. Gerade die vorgeschlagene Konzentration auf gewaltorientierte Bestrebungen würde eher zu einer Doppelstruktur mit dem Gefahrenabwehrrecht der Polizei führen, alles andere aber ist Gesinnungsschnüffelei.“ ■

KOMMENTIERT:

von Dirk Möller

Nicht schönrechnen

Unterrichtsausfall war des Öfteren Thema im Landtag. Nun haben die Betroffenen selbst eine Statistik veröffentlicht. Die Zahlen der Landesschülervertretung bestätigen zunächst die Statistiken des Ministeriums, auch was die regionalen Unterschiede betrifft. So sieht man, dass z.B. der Schulamtsbereich Ostthüringen den geringsten ersatzlosen Ausfall ausweist. In Nordthüringen dagegen liegt dieser fast doppelt so hoch: bei 5,6 Prozent der zu erteilenden Stunden.

Wir sind ebenfalls der Überzeugung, auch wenn jede ausgefallene Stunde eine zuviel ist, wird es nie gelingen, den Unterrichtsausfall gegen Null zu bringen. Wir kritisieren aber, und das geht auch aus den Zahlen der Landesschülervertretung hervor: fachfremd vertretener Unterricht ist genauso häufig anzutreffen wie der ersatzlose Ausfall.

Die Landesschülervertretung spricht sich dafür aus, und das können wir zu 100 Prozent mittragen, dass „Vertretungsunterricht nur dann Sinn macht, wenn an den aktuellen Unterrichtsinhalten des betreffenden Fachs weitergearbeitet werden kann oder durch Wiederholung und Übungen Unterrichtsinhalte gefestigt werden“. Vertretungsunterricht darf weder Beschäftigungstherapie sein, noch zu einer bloßen Sicherung der Aufsichtspflicht verkommen. Aber von 12 Prozent zu vertretendem Unterricht wurden gerade einmal 1,6 Prozent fachgerecht vertreten, und in 1,3 Prozent der Fälle wurden Aufgaben statt Ausfall gegeben.

Wir fordern das Ministerium auf, ehrlich mit den Zahlen umzugehen und auch den fachfremd vertretenen Unterricht als Unterrichtsausfall wahrzunehmen. Es geht hier um unsere Schüler und ihre Ausbildung. Da hat Schönrechnerei nichts zu suchen. Im Kern ist der Unterrichtsausfall nur ein Phänomen des eigentlichen Problems der Überbelastung der Lehrerschaft. Wenn bei 70 Prozent des Unterrichtsausfalls Krankheit die Ursache ist, so können es nicht nur Erkältungen sein. Mit jedem Lehrer, der ausfällt, muss die Arbeitslast auf die restlichen Schülern des Kollegiums verteilt werden. Diese Mehrbelastung muss endlich gemindert werden. Dabei kann die geforderte Vertretungsreserve auch nur ein erster Schritt sein.

Aus der Plenarrede des Abgeordneten am 9. April im Landtag. ■

AKTUELL

Linke legt Schulinvestitionsgesetz vor

Vor dem Hintergrund der umfangreichen Rücklagen des Landes und auch der positiven Steuerschätzung legt jetzt die Linksfraktion dem Thüringer Landtag ein Schulinvestitionsgesetz vor, damit das Land dringend notwendige Mittel für Investitionen in Schulbauten und Schulsportanlagen zur Verfügung stellt.

Jeweils 50 Millionen Euro sollen in den Jahren 2014 und 2015 zusätzlich bereitgestellt werden. „An mangelnder Finanzierbarkeit kann dieses Gesetz jedenfalls nicht scheitern“, hatte der LINKE Haushaltsexperte Mike Huster betont und mit Blick auf die neueste Steuerschätzung erklärt: „Nun besteht kein Zweifel mehr, dass das Land finanziell in der Lage wäre, die Kommunen in Thüringen auskömmlich auszustatten.“

Der kommunalpolitische Sprecher Frank Kuschel hatte zudem die SPD aufgefordert, ihren vermeintlichen Kurswechsel mit einer Zustimmung zum LINKE-Gesetzentwurf zu untermauern. Er reagierte damit auf Äußerungen der Thüringer Sozialministerin Heike Taubert (SPD). Sie hatte Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) kritisiert und mit Blick auf den kommunalen Finanzausgleich gefragt, ob dieser in einem Paralleluniversum lebe.

Frank Kuschel nannte das Manöver der Ministerin und SPD-Spitzenkandidatin durchsichtig. „Wenige Tage vor der Kommunalwahl scheint die SPD nicht mehr zu wissen, dass sie diesen kommunalen Finanzausgleich mit zu verantworten hat.“ CDU und SPD hatten mit der Verabschiedung des kommunalen Hilfspakets erst im Februar

dieses Jahres eine Chance vertan, Anreize für leistungsfähige kommunale Verwaltungsstrukturen in Thüringen zu schaffen. Die Linksfraktion hatte sich dafür eingesetzt, dass die Verteilung der Mittel auf Grundlage der Finanzkraft der jeweiligen Gemeinde vorgenommen wird. Finanzschwache Gemeinden hätten demnach mehr erhalten als finanzkräftige.

Eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs soll für Transparenz bei der Kindertagesstätten-Finanzierung sorgen und mehr Geld für „freiwillige Aufgaben“ zur Verfügung stellen. Das müsse einhergehen mit einer Funktional- und Verwaltungsreform. „Ich lade die SPD ein, dieses mit uns gemeinsam zu tun, um somit die kommunale Ebene strukturell und finanziell zu stärken“, betonte Frank Kuschel. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Politische Unterstützung für Tarif-Kampf

Der Streik bei der Autogrill Deutschland GmbH geht nach Angaben der Gewerkschaft NGG unvermindert weiter. Für die Beschäftigten an den Raststätten Hörselgau und Eisenach war der 19. Mai der 16. Streiktag. Die Gewerkschaft NGG forderte, dass erstmalig Tarifverträge für die Beschäftigten der Autogrill in Thüringen und Bayern verhandelt werden. Nach dem Scheitern der Verhandlungen haben sich im April rund 98 Prozent der NGG-Mitglieder für den Streik ausgesprochen.

Bei den Streikenden an der Raststätte Eisenach waren LINKE-Politiker Gregor Gysi und Bodo Ramelow. „Die Kolleginnen und Kollegen haben meine volle Solidarität, damit sie endlich einen Tarifvertrag und nach über zehn Jahren auch mal eine Lohnerhöhung bekommen“, hatte der Vorsitzende der Linksfraktion in Thüringen betont und erklärt: „Diese Lohnerhöhung haben sie mehr als verdient!“ Die Gewerkschaft NGG freute sich über den Besuch am 19. Mai, „zeigt es doch, dass der Kampf für einen Tarifvertrag auch politische Unterstützung erhält.“ ■

Kultur muss (mit Plan) gefördert werden

Auf Konferenz in Apfelstädt gemeinsam an einem Thüringer Kulturfördergesetz arbeiten

Zu einer Kulturkonferenz laden die Landtagsfraktion DIE LINKE und das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. am 19. und 20. Juni ein.

Kultur leistet einen erheblichen Beitrag für uns alle: Sie ist das Fundament einer demokratischen Gesellschaft, fördert Toleranz, schafft Selbstvertrauen und ermöglicht die Kommunikation mit allen Menschen um uns herum.

Dem Rechtfertigungszwang, dem viele kulturelle Projekte und Initiativen unterliegen, muss durch ein öffentliches Bekenntnis seitens der Politik endlich ein Ende bereitet werden. Auch muss gewährleistet sein, dass allen Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht sowie sozialer und kultureller Herkunft die Teilhabe an Kultur ermöglicht werden kann.

Im Zuge der demografischen Veränderungen und der Entwicklung der öffentlichen Kassen brauchen Kulturakteure und Kultureinrichtungen dringende Planungssicherheit. Aus diesem Grund fordert die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag seit vielen Jahren ein Kulturfördergesetz für Thüringen,

das Kultur als Pflichtaufgabe festschreibt und Förderinstrumente für alle kulturellen Sparten und Bereiche auf Nachhaltigkeit ausrichten kann. „Ein solches Gesetz kann allerdings nicht am grünen Tisch entstehen. Es bedarf der Mitarbeit der Kulturakteure und auch der Kommunen“, so die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Birgit Klaubert. „Deshalb möchten auf dieser Konferenz am 19. und 20. Juni in Apfelstädt (bei Erfurt) auch mit Kulturschaffenden, Politikerinnen und Politikern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen und gemeinsam Anforderungen an ein Kulturfördergesetz für Thüringen erarbeiten.“

Die zweitägige Konferenz bietet dabei viele Möglichkeiten zur Diskussion und Teilhabe und eröffnet verschiedene Blickwinkel. So konnten neben Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus anderen Bundesländern auch Hilde Rektorscheck, die Begründerin der Kulturloge e.V., und Prof. Max Welch Guerra von der Bauhaus-Universität Weimar gewonnen werden.

In drei thematischen Workshops kann dann aus unterschiedlichen

Sichtweisen der Kulturförderung diskutiert werden. So gestaltet das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. den Workshop „Kultur als Pflichtaufgabe: Fluch oder Segen für die Kommunen?“. Darüber hinaus werden kulturelle Potenziale im ländlichen Raum und auch das Verhältnis von öffentlich geförderten Kultureinrichtungen und der freien Szene diskutiert.

„Richtig gut ist, dass wir auch aus bundespolitischer Sicht diskutieren können“, freut sich Birgit Klaubert. „Mit unserer Bundestagsabgeordneten Sigrid Hupach und der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz können wir allen Interessierten einen wirklich breitgefächerten Blick auf die Thematik anbieten.“ Sie hoffe demnach auch „auf wirklich belastbare Arbeitsergebnisse“.

Das Programm der Kulturkonferenz sowie der erforderliche Rückmeldebogen können direkt bei der zuständigen Mitarbeiterin Katja Mitteldorf unter mitteldorf@die-linke-thl.de angefordert werden. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wird um eine Rückmeldung bis spätestens 4. Juni 2014 gebeten. ■

Keine Strafverfolgung für Zivilcourage

Das Urteil des Amtsgerichts Lüneburg, wo es jetzt am 14. Mai erneut um den Aufruf „Castor schottern“ ging, brachte aus Sicht der Linksfraktion im Thüringer Landtag leider keine Überraschung. Nachdem das Amtsgericht im Mai vergangenen Jahres den Thüringer LINKE-Abgeordneten Frank Kuschel von den Vorwürfen frei gesprochen hatte, hob das Oberlandesgericht Celle (Niedersachsen) diesen Freispruch auf und verwies die Angelegenheit zurück an das Amtsgericht Lüneburg. Ohne Beweise, nur auf Grundlage von Indizien, erfolgte jetzt das Urteil auf Geldstrafe. Frank Kuschel wird nun in Berufung gehen.

Der Abgeordnete der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Frank Kuschel, hatte im Verfahren auch deutlich gemacht, dass ein Abgeordneter für Äußerungen außerhalb des Parlaments nicht strafbar gemacht werden dürfe. Schließlich ist das in der Thüringer Verfassung durch die Grundsätze der Immunität und Indemnität eindeutig geregelt. „Offenkundig haben Gerichte immer noch Schwierigkeiten, Immunität und Indemnität verfassungsrechtlich einzuordnen“, erklärte dazu Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion. Er verwies darauf, dass Frank Kuschel eine Straftat immer bestritten hatte. „Es bleibt die Ignoranz, dass ein niedersächsisches Oberlandesgericht die Thüringer Verfassung nicht zur

Kenntnis nehmen will“, so Bodo Ramelow. Zudem komme „das Urteil zur Unzeit, wenn gleichzeitig Stromkonzerne Atomkraftwerke abstoßen wollen und die Altlasten den Steuerzahlern aufdrücken wollen.“

AKW-Betreiber wollen sich aus der Verantwortung stehlen

„Dass sich die AKW-Betreiber nun aus der atomaren Verantwortung stehlen wollen und gleichzeitig die Bergung der radioaktiven Abfälle aus dem Atom Müll-Lager Asse immer noch nicht stattgefunden hat, macht die fatale Fehlentwicklung deutlich“, protestierte Bodo Ramelow angesichts von Meldungen, wonach die drei großen Energiekonzerne E.ON, RWE und EnBW ihr gesamtes deutsches Atomgeschäft an den Bund übertragen wollen und alle Atomkraftwerke in eine öffentlich-rechtliche Stiftung übergehen sollen. Vor diesem Hintergrund seien die Verfahren gegen diejenigen, die gegen den atomaren Wahnsinn sind, eine Farce.

DIE LINKE werde alle, die mit Verfahren überzogen werden, begleiten und unterstützen. „Das Recht auf freie Meinungsäußerung darf nicht kriminalisiert werden! Dasselbe gilt auch für jene, die in Dresden bei Naziaufmärschen Gesicht gegen braunen Ungeist zeigen und dafür mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen überzogen werden“, so Bodo Ramelow. ■

Verwirrung um Trinkaus

Im Fall des ehemaligen NPD-Funktionärs und Ex-Spitzels des Landesamtes für Verfassungsschutz, Kai-Uwe Trinkaus, haben Meldungen über eine frühere Zugehörigkeit zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR für erhebliche Verwirrung gesorgt. Der Untersuchungsausschuss 5/2 des Thüringer Landtags arbeitet die Umtriebe von Trinkaus zur Unterwanderung und Diskreditierung demokratischer Parteien und Organisationen und die Rolle des Verfassungsschutzes auf.

In seiner Vernehmung im Januar hatte Trinkaus auf ein Studium an der Offiziershochschule der NVA in Zittau verwiesen. Der Ausschuss hatte sich auf Initiative der Linksfraktion wegen erkennbarer Unregelmäßigkeiten in der Berufsbiographie von Trinkaus daraufhin an das Bundesarchiv gewandt. Trinkaus war nach seiner Ausbildung zum Berufsoffizier aus dem Militärdienst ausgeschieden und in die Stadtverwaltung Erfurt gewechselt, in einen offensichtlich sicherheitssensiblen Bereich.

Das Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg Unterlagen machte den Ausschuss dann im Mai auf ein „Nachweisdokument“ der Offiziershochschule über die Ergebnisse ihrer Absolventen aufmerksam, bei dem aus dem Feld Bemerkungen hervorgehe, „dass Trinkaus Offizierschüler des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen ist“. Die Sensation war da. Sie wurde durch die mehrfache Auskunft des Bundesbeauf-

tragten für die Unterlagen der DDR-Staatssicherheit verstärkt, wonach man zu Trinkaus über keine einschlägigen Unterlagen verfüge.

Einige Tage später kam vom Bundesarchiv/Militärarchiv dann ein „Kommando zurück!“. Das Amt, eine obere Bundesbehörde im Geschäftsbereich der Kulturstaatsministerin im Bundeskanzleramt, teilte dem Ausschuss mit, eine nochmalige Überprüfung des Archivgutes habe ergeben, dass aus dem „Nachweisdokument“ doch nicht hervorgehe, Trinkaus sei Angehöriger der DDR-Staatssicherheit gewesen. Die zuständige Sachbearbeiterin des Archivs habe sich bedauerlicherweise in der Zeile geirrt...

Bodo Ramelow, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss 5/2, erneuert unterdessen seine Kritik am Landesamt für Verfassungsschutz, das nach Gesetzeslage „einen studierten NVA-Offizier gar nicht hätte als V-Mann anwerben dürfen“. Die Verwendung von Trinkaus bei den bewaffneten Organen der DDR hätte durch den Inlandsgeheimdienst intensiver überprüft werden müssen, so Ramelow. Der Untersuchungsausschuss hat inzwischen das Bundesarchiv/Militärarchiv mit der Bitte angesprochen, das NVA-„Nachweisdokument“ vorzulegen, um eine unmittelbare Beweiserhebung vornehmen zu können. Auch die Behörde des Bundesbeauftragten hat der Ausschuss nochmals kontaktiert. *Stefan Wogawa* ■

Kalivertrag: Tricksen, Heucheln und Täuschen

Die Landesregierung muss endlich Licht in das Dunkel um Bischofferode bringen

Vor 21 Jahren, am 13. Mai 1993, wurde der Vertrag mit dem Konzern Kali und Salz unterzeichnet. Das Dokument zählt zu den bestgeschütztesten Geheimakten der Geschichte Thüringens nach der Wende. An der Geheimniskrämerei trägt die seit damals regierende CDU in Bund und Land gewaltigen Anteil. Seitdem vor wenigen Monaten die Debatte um den brisanten Vertrag durch das Auftauchen einer Kopie wieder neu entfacht wurde, kommen fast täglich neue unfassbare Details ans Licht.

An Fakten ist klar, dass der Kalivertrag in Kombination mit dem später „blind“ abgeschlossenen Altlastenfreistellungsvertrag faktisch „eine Lizenz zum Gelddrucken für den Düngemittelkonzern ist, finanziert von Bürgerinnen und Bürgern durch Steuergeld“, sagte Bodo Ramelow. Fakt ist auch, dass die Firma nur durch die dramatischen Vorgänge um Bischofferode den Weg frei hatte, um lästige Konkurrenten loszuwerden, damit ihre Marktposition auszubauen und dafür auch noch Steuergeld einsteckte. „Traurige Tatsache ist auch, dass nicht nur eine Kaligrube geschlossen wurde, sondern vielen Menschen und ihren Familien die Arbeitsgrundlage entzogen wurde und eine ganze Region bis heute dauerhaft von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes abgehängt wurde“, so der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Eine Dokumentensammlung einschließlich des mutmaßlichen Vertrages war der Linksfraktion anonym zugespielt worden. Aber es muss zwingend noch weitere Dokumente geben. „Es liegt an der Landesregierung, offen zu legen, welche wirkliche Vertragsgrundlage existiert“, forderte der LINKE Landespolitiker. Damit sind zahlreiche weitere Fragen verbunden, z.B. wer bevollmächtigt gegengezeichnet

hat, warum das Parlament in so einer langfristig den Landeshaushalt um Millionenbeträge belastenden Angelegenheit nicht beteiligt wurde, ob bei Nichtbeteiligung überhaupt ein Vertrag rechtswirksam ist.

„Es bleibt aber auch die alte Laterfrage Cui bono? Was war die Gegenleistung des Konzerns für einen solchen Freibrief an die damals Regierenden, wie Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Bernhard



Auf Antrag der Linksfraktion hatte sich der Thüringer Landtag im Rahmen einer Sondersitzung am 19. März mit dem Kalifusionsvertrag befasst. Zuvor waren Aktenordner mit Kopien der Unterlagen den Fraktionen anonym auf dem Postweg zugegangen.

*Archivfoto:
Peter Lahn*

Vogel, der bei all dem mitgemacht hat?“ Beide gehören der CDU an, stammen aus Rheinland-Pfalz, dem Hauptsitz des damaligen Mutterkonzerns von Kali und Salz BASF.

„Das alles hat mehr als nur ein ‚Geschmäckle‘ und gehört aufgeklärt und ausgeräumt“, so Bodo Ramelow. Aber auch der Vertragsinhalt ist ein Problem. Allein die zugespielte Dokumentensammlung einschließlich des mutmaßlichen Vertrages - so sie echt ist, wofür alles spricht - kann man getrost als sittenwidrig einstufen. „Es ist ein Dokument, welches in die Geschichte eingehen wird. Selten konnte ein Konzern seine beherrschende Marktstellung dauerhaft und vertraglich mit Mitteilern des Steuerzahlers so komfortabel

absichern. Es liegt allein an der Landesregierung, endlich Licht in das Dunkel um die Vorgänge um Bischofferode zu bringen.“

Ausstiegsmöglichkeiten prüfen und nutzen

„Es führt nicht weiter, über nutzlose Klauseln zur Nachverhandlung des Generalvertrags zu philosophieren. Es müssen die vorhandenen gesetzlichen

Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Kalikomplex - auch bezogen auf den Geheimvertrag - geprüft und genutzt werden“, hatte Bodo Ramelow erklärt mit Blick auf ein Gutachten, wonach das Land Thüringen die drohenden Milliarden-Lasten bei der Sanierung des Kaliberbaus offenbar allein schultern muss. Er nenne „die Kombination und die Wirkung der Verträge eine toxische Mischung und ein giftiges Gebräu“.

Der Ausgangspunkt ist der Geheimvertrag und dort sind Altlastenfreistellungen geregelt und vor dem Parlament geheim gehalten worden. Daraus ergibt sich faktisch eine arglistige Täuschung des Landes durch den Bund.

Fortsetzung auf Seite 10

VON A BIS Z:

MDR-Staatsvertrag

In Konsequenz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag bringen die Linksfraktionen in den Landtagen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gleichlautende Anträge in den parlamentarischen Gang, mit denen die Landesregierungen aufgefordert werden, zur Vorbereitung einer Neufassung des MDR-Staatsvertrages eine Drei-Länder-Arbeitsgruppe aus Regierungsvertretern, Landtagsabgeordneten und Sachverständigen zu bilden. André Blechschmidt, medienpolitischer Sprecher der Thüringer Linksfraktion: „Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Zusammensetzung des ZDF-Fernsehtrats hat neue Maßstäbe für die Rundfunkfreiheit gesetzt. In den Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen Sender sollen laut Verfassungsgericht ‚möglichst unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungshorizonte einbezogen werden. Insbesondere die Besetzung des Rundfunkrates mit Frauen, die Vertretung von Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung ethnischer Minderheiten muss bei der Novellierung des MDR-Staatsvertrages Berücksichtigung finden. (...) Vor den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen ist es falsch, das Thema MDR-Staatsvertrag auf die lange Bank zu schieben. Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die Vorschläge zur Vielfaltssicherung in den MDR-Gremien erarbeiten soll, muss jetzt vorbereitet werden.“

Die Pressemitteilung ausführlich unter www.die-linke-thl.de.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Nachdem jetzt der Thüringer Landtag am 21. und 22. Mai tagt, finden die nächsten und letzten planmäßigen Plenarsitzungen in dieser Legislaturperiode in der Zeit vom 25. bis 27. Juni sowie vom 16. bis 18. Juli statt.

Tag der offenen Tür:

In diesem Jahr lädt der Thüringer Landtag wieder zu einem Tag der Offenen Tür ein, der am Samstag, den 21. Juni, stattfindet. Die Linksfraktion wird mit einem umfangreichen Informationsangebot dabei sein.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:

www.die-linke-thl.de

Verbeamtung

Zur gemeinsamen Studie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des Bildungsministeriums im Rahmen einer Befragung der Lehramtsanwärter erklärte MdL Dirk Möller: „Besonders die weichen Standortfaktoren sind entscheidend, so waren ‚Familie‘ und ‚soziales Umfeld‘ die häufigsten Antworten zu den Einflussfaktoren bei der Wahl des Arbeitsortes. Die Frage nach einer Verbeamtung in Thüringen wurde zu gleichen Maßen als wichtig und weniger wichtig beurteilt. Vor allem die Rahmenbedingungen müssen verbessert und die Arbeitsbelastung verringert werden, da ist die von Minister Matschie geforderte Verbeamtung nicht das Allheilmittel“, so der LINKE-Abgeordnete.

Feiertag

Im Jahr 2015 jährt sich der 8. Mai als Tag der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus zum 70. Mal. Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion im Landtag, hatte daher erneut gefordert, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung endlich auch in Thüringen zu einem gesetzlichen Gedenktag erklärt wird. „Der Tag der Befreiung als Tag des Sieges für Freiheit und Demokratie muss entsprechend gewürdigt werden. Es sollte an diesem Tag sowohl den Alliierten gedankt werden, welche die Shoah, die Vernichtung von Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen und Widerständigen beendeten, als auch an eben dieses unfassbare Leid erinnert werden“, erklärte die LINKE-Abgeordnete.

Armutrisiko

Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind Familien mit mehreren Kindern immer noch stärker von Armut betroffen. „Wenn Arbeitszeiten und Betreuungsformen nicht so organisiert sind, dass auch kinderreiche Eltern einen Beruf ausüben können, werden diese Familien nie aus der Armutshölle herauskommen“, so MdL Margit Jung. Notwendig seien bessere Hortbetreuungen, Ganztagschulen oder ein Ausbau der Kitas zu Eltern-Kind-Zentren. Hier können Kurse angeboten, Beratungen durchgeführt und Eltern über Unterstützungsmöglichkeiten informiert werden, denn „Eltern finden sich ohnehin regelmäßig in der Kita ihres Kindes ein - hier sind sie besonders gut erreichbar und ansprechbar“.

KURZ UND PRÄGNANT

Eine Schnitzeljagd auf Rädern



Zu einer Schnitzeljagd auf Rädern hatten die LINKEN in Erfurt eingeladen. Los ging es am Dreibrunnenbad, für deren Erhalt die LINKE seit langem kämpft. Eine wahrlich bunte Truppe von Jung bis Alt, von der Studentin bis zum Mediziner, radelte an dem sonnigen Samstag in die Stadt, dabei galt es zahlreiche Fragen zur Kommunalpolitik sowie zur Landes- und Bundespolitik zu beantworten. Auf dem Anger wurden sie u.a. von Bodo Ramelow erwartet. Der Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag ließ es sich nicht nehmen, die Gewinner der Schnitzeljagd selbst aus dem Lostopf zu ziehen. Die Hauptpreise, eine Jahreskarte für den Erfurter Zoo und die ega, gingen an die jüngsten Teilnehmerinnen. ■

Vergütung des externen Beauftragten

Aufgrund der desolaten Haushaltslage im Unstrut-Hainich-Kreis ist seit dem Frühjahr Klaus Brodbeck vom Land Thüringen als externer Beauftragter eingesetzt.

„Wir wollen von der Landesregierung wissen, auf welcher Grundlage die monatliche Vergütung von Herrn Brodbeck von ursprünglich 6.000 Euro auf 11.400 Euro brutto nahezu verdoppelt wurde“, erklärte MdL Frank Kuschel, Fraktion DIE LINKE. In der Sitzung des Innenausschusses im Juni soll die Arbeit und Vergütung des Zwangsverwalters Klaus Brodbeck auf der Tagesordnung stehen.

Sowohl in der Antwort auf eine Kleine Anfrage wie auch in der Sitzung des Innenausschusses vom April dieses Jahres spielte dieser Themenkomplex bereits eine Rolle. In diesem Zusammenhang teilte die Landesregierung mit, dass Herr Brodbeck eine Vergütung von 6.000 Euro brutto pro Kalendermonat als externer Beauftragter für den Unstrut-Hainich-Kreis erhält. Nunmehr betrage diese Summe 11.400 Euro brutto monatlich. ■

Dubiose „Hochschultage“ in Jena

Erneut wurde Evangelikalen und Kreationisten ein Podium geboten

Eher harmlos klingt der Name der Veranstaltung, die vom 12. bis 14. Mai an der altehrwürdigen Friedrich-Schiller-Universität stattfand: „Hochschultage Jena“. Doch schon die Organisatoren dieser speziellen „Hochschultage“ lassen aufhorchen: die Jenaer Dependancen der „Studentenmission Deutschland“ sowie der „Studenten für Christus“ und eine Gruppe „Entschieden für Christus“.

Nun spricht nichts dagegen, dass sich gläubige Studenten austauschen. Doch „Hochschultage“, veranstaltet in den Räumen einer Universität, sollen wohl auf eine wissenschaftliche Veranstaltung hindeuten – was hier eine Art Etikettenschwindel darstellt, betrachtet man die Personalien bei avisierten „Vorträgen, Seminaren und Gesprächsangeboten über zentrale Lebens- und Glaubensfragen“. Zu den angekündigten Referenten zählten evangelikale Christen (eine Glaubensrichtung, die strenge Lebensregeln aus der Bibel ableitet – mit einer Grauzone zum Fundamentalismus) sowie Kreationisten, Gegner der Evolutionstheorie, die die biblische Schöpfungslehre vertreten.

Es ist nicht das erste Mal, dass deren Protagonisten in Jena auftreten. Die ortsansässige Hochschulgruppe der religionskritischen, einem evolutionären Humanismus verpflichteten Giordano-Bruno-Stiftung, kritisierte denn auch im Vorfeld der Veranstaltung: „Besonders kritikwürdig ist jedoch, dass damit aller Erwartung nach zum wiederholten Male auch kreationistische Lehren am Wis-

senschaftsstandort Jena verbreitet werden.“ Tatsächlich zählten zu den Referenten erneut Mitglieder der einschlägigen „Studiengemeinschaft Wort und Wissen e.V.“. Die Konjunktur solcherart öffentlicher Wortergreifung von Evangelikalen und Kreationisten ist in Thüringen direktes Ergebnis politischer Winkelzüge. Es war der damalige Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU), der den prominenten Kreationisten Siegfried Scherer zum „Erfurter Dialog“ Anfang 2006 in die Staatskanzlei eingeladen hatte. Scherer amtierte seinerzeit als Vorsitzender von „Wort und Wissen“, schon 2002 hatte Althaus ein von ihm mitverfasstes evolutionskritisches Buch in den höchsten Tönen gelobt. Bundesweite Kritik zwang Althaus, von dem dubiosen Vorhaben abzusehen. Stattdessen trat Scherer, von dem der Satz überliefert ist, er glaube, dass alle Menschen von Adam und Eva abstammen, später in einem Hörsaal der Universität Jena auf.

Dem früher dort Wirtschaftswissenschaften lehrenden Reinhard Haupt wurde von Ministerpräsidentin Christin Lieberknecht (CDU) 2010 das Bundesverdienstkreuz am Bande überreicht. In der Begründung hieß es, Haupt habe sich neben der Tätigkeit als Professor vielfältig engagiert, beispielsweise „als Leiter der Abteilung für Wirtschaft und Ethik in der Studiengemeinschaft Wort und Wissen“. Der bekennende Evangelikale Haupt, nach eigener Aussage ein „der Schöpfungsforschung Nahestehender“, gehörte auch zu den angekündigten Referenten der „Studi-

entage“ 2014. Zu denen zählte Peter Imming, Professor für Pharmazeutische Chemie an der Universität Halle-Wittenberg. Imming wurde 2006 zum 2. Vorsitzenden von „Wort und Wissen“ gewählt. Vom Magazin „stern“ ein Jahr später befragt, für wie alt er die Menschheit halte, verwies Imming ausdrücklich auf ein „Wort und Wissen“-Buch, das von einer Menschheitsgeschichte von nur „wenigen tausend Jahren“ ausgeht (statt zwei Millionen, wie die seriöse Wissenschaft) – und mit dieser Positionierung dem Hardcore-Kreationismus zuzurechnen ist.

Mit Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter war diesmal auch ein SPD-Politiker als Schirmherr der evangelikal-kreationistischen Missionsveranstaltung im Boot. Er habe zudem zugesagt, „ein Grußwort an die Studenten zu richten“, hieß es in der Ankündigung. Die Friedrich-Schiller-Universität Jena muss aufpassen, sich keinen Ruf als Anlaufpunkt und Podium wissenschaftsfeindlicher Obskuranten zu schaffen. Die Giordano-Bruno-Stiftung hatte den Rektor aufgefordert, „zumindest für den Vortrag von Peter Imming keinen Raum der Universität zur Verfügung zu stellen, denn hier geht es nicht um Wissensvermittlung, sondern um die Untergrabung der Naturwissenschaften“. ■

Stefan Wogawa
(unser Autor hat 1992-1997 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Soziologie, Politikwissenschaft sowie Geschichte der Naturwissenschaften und Technik studiert) ■

Europapolitisches Kochduell



In einer Show-Küche im Thüringenpark in Erfurt fand kürzlich ein Kochduell der Extraklasse statt. Thüringer Europapolitiker kochten Spezialitäten aus Europa und stellten sich ganz nebenbei den Fragen des Publikums. Der europapolitische Sprecher der Linksfraktion und Vorsitzende des Europaausschusses im Thüringer Landtag, Jörg Kubitzki, trat gegen Carsten Meyer, dem europapolitischen Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Auf dem Speiseplan stand Frischkäse-Risotto mit frischem Spargel aus Kutzeleben, Frühlingslauch, Paprika, Nordseekrabben und Ricotta. Die zubereiteten Speisen wurden vom Publikum verkostet und es wurden nicht nur die Kochkunst, sondern auch die Kompetenz von Jörg Kubitzki in Europa-Fragen hochgelobt. So gingen es u.a. um Energiethemen sowie die Jugendförderung in Europa, dies besonders angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa. ■

Foto: Katharina Hof

Regierungskompromiss zu den Hochschulen

Zum Kompromiss der Thüringer CDU-SPD-Koalition in der Hochschulentwicklungsplanung erklärte MdL Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Landesvorsitzende: „Das längst überfällige Papier kommt ein halbes Jahr zu spät, denn eine gründliche Debatte im Parlament ist jetzt kaum noch möglich!“ Nun sollen die Tatsachen legitimiert werden, die im Vorfeld zwischen Hochschulleitungen und Ministerien hinter verschlossenen Türen geschaffen wurden. „Ein demokratisches Verfahren bezieht die Beteiligten und das Parlament mit ein und lässt sie nicht außen vor“, betonte die Bildungspolitikerin. „Es besteht sonst die Gefahr, dass wichtige Themen, wie der soziale Zugang zu Hochschulen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, gänzlich ausgeblendet werden. Dazu muss eine ernsthafte Debatte geführt werden, zu der die Linksfraktion mit ihrem Bildungskonzept und dem Hochschulgutachten ‚Campus Thüringen‘ einen wichtigen Beitrag geleistet hat. Die LINKE hat zudem die Bildung einer Enquetekommission für den Beginn der nächsten Legislatur, zum Ende dieses Jahres, vorgeschlagen und in die öffentliche Diskussion gebracht“, betonte Susanne Hennig-Wellsow. ■

DAS THEMA

Damit sich Menschen dem Ehrenamt stellen

In erster Beratung hatte der Thüringer Landtag am 10. April einen Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Demokratisierung der Kommunalpolitik debattiert und ihn zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Folgend Auszüge aus dem Plenarprotokoll:

Begründung des Gesetzentwurfs durch Sabine Berninger, DIE LINKE:

Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf die Arbeit der Kommunalvertretungen stärken. Dafür haben wir eine ganze Reihe Änderungen an gesetzlichen Bestimmungen aufgeschrieben, die wir mit Ihnen diskutieren möchten. Das sind Änderungen, die sich auf die Thüringer Kommunalordnung und das Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit beziehen. (...) Kernpunkte unseres Gesetzentwurfs sind einmal die Stärkung der Kommunen gegenüber dem Land, zum Zweiten die Stärkung der Rolle der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und nicht zuletzt die Stärkung der Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner. Wir haben schon eine sehr ausführliche Diskussion in unserer Partei, mit unseren kommunalen VertreterInnen, GemeinderätInnen, OberbürgermeisterInnen etc. hinter uns.

Gudrun Holbe, CDU:

Wenn ich mir jetzt den Gesetzentwurf der Linken anschau, dann sollen ja insbesondere die Beteiligungsrechte auf kommunalpolitischer Ebene für die Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut werden,

(Zwischenruf Frank Kuschel, DIE LINKE: Richtig erkannt.)

ein Ansinnen, das im Wesentlichen auf den Verein „Mehr Demokratie e.V.“ zurückgeht. Wir sind der Auffassung, dass die Beteiligungsrechte der Bürger im Rahmen der Kommunalordnung hinreichend gestaltet und geregelt sind und daher keiner Novellierung bedürfen. Insbesondere sehe ich auch in einigen Regelungsvorschlägen die Gefahr, dass die frei gewählten kommunalen Entscheidungsträger entweder in eine Art Gleichgültigkeit oder Verantwortungslosigkeit verfallen können, da letztlich die Bürger selbst die Geschicke der Kommune aktiv lenken können, da gewählte Stadt- und Kreisräte in ihren Entscheidungsbefugnissen stark beschnitten werden, und ich denke, das kann weder gewollt noch angestrebt sein. Gleichwohl enthält der Gesetzentwurf noch zahlreiche weitere inhaltliche Änderungsvorschläge, deren politische aber auch fachliche Bewertung im Innenausschuss erfolgen soll.

Dirk Bergner, FDP:

Der Gesetzentwurf enthält viele Punkte, die die Fraktion DIE LINKE auf die eine oder andere Art und Weise schon einmal in das Plenum eingebracht hat und die somit schon diskutiert und oft zu Recht abgelehnt wurden. Jetzt versucht die Linke, alle ihre Vorhaben noch einmal in ein Gesetz zu

Debatte zum Gesetz zur Demokratisierung der Kommunalpolitik (LINKE-Gesetzentwurf)

packen und ich bin mir nicht sicher, was das soll. Aber letztlich macht es das Paket auch ganz bestimmt nicht besser. Auch wenn wir bestimmt wieder zu hören bekommen, dass angeblich bei den Linken keine Dogmatiker sind, stellt sich mir die Frage, warum es

(Frank Kuschel: Wieso angeblich? Das ist Fakt.)

- auch das werden wir dann sehen -, stellt sich mir wieder die Frage, warum es dann auf diesem Weg probiert wird.

Matthias Hey, SPD:

Es lohnt sich durchaus, einzelne Regelungen hier genauer anzusehen. (...) In Absatz 3 wird der Satz 5 wie folgt neu formuliert: „Ein Bürgerbegehren

türlich notwendig ist, die Thüringer Kommunalordnung immer wieder kritisch zu hinterfragen und sie natürlich weiterzuentwickeln.“

Frank Kuschel, DIE LINKE:

(...) Hinzu kommt: Wir haben am 1. Juli 20 Jahre Thüringer Kommunalordnung und das ist ein wichtiges Jubiläum. Das Kommunalrecht hat viel Bedeutung auf Landesebene, es ist eines der wenigen Rechtsgebiete, wo das Land im Rahmen des Föderalismus noch eine fast ausschließliche Zuständigkeit trägt. Wir stellen das jetzige Konstrukt der Thüringer Kommunalordnung überhaupt nicht infrage (...) Wir sind aber davon überzeugt, dass wir im Verhältnis Bürgerschaft zur Ge-

betrifft. Dort haben wir auf dem Forderungskatalog der Initiative „Mehr Demokratie“ zurückgegriffen. Herr Hey, nach meinem Kenntnisstand ist die SPD auch Mitglied in diesem Bündnis und trägt auch diesen Forderungskatalog mit, hat aber signalisiert, weil es nicht Bestandteil des Koalitionsvertrags ist, werden sie jetzt dort nicht selbst tätig. Das schließt aber nicht aus, dass Sie als Partei und als Landesverband sehr wohl auch die Forderungen von „Mehr Demokratie“ mittragen. Insofern ist auch hier der eine oder andere Hinweis, dass wir möglicherweise überziehen, nicht sachgerecht und müsste auch noch mal innerhalb der SPD diskutiert werden. (...)

Oder, dass wir sagen - Herr Hey hat das gefragt, was das mit dem Abgabenvorbehalt betrifft. Hier darf ich nur noch mal darauf verweisen: Wir haben jetzt eine Regelung, dass die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines Bürgerentscheids nicht entscheiden können, ob eine Abgabe abgeschafft oder erhoben wird. Sie können aber entscheiden, wie sie erhoben wird.

Wir wollen jetzt auch das „ob“ abschaffen und damit eine Regelung herbeiführen, die in Bayern schon seit 1995 gilt. Wir haben festgestellt, dass es in Bayern nicht einen Bürgerentscheid gab, wo sich die Bevölkerung von einer Abgabe einfach so befreit hat. (...) Nein, die Bürgerinnen und Bürger sind sehr verantwortungsbewusst damit umgegangen. Wir haben bewusst gesagt: Wenn im Rahmen einer Initiative eine Abgabe verändert werden soll, muss ein Finanzierungsvorschlag her, um zu verhindern, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von Abgaben befreien können.

Jörg Geibert, Innenminister:

Durch eine gesetzliche Verpflichtung zur Mindestausstattung der Fraktionen oder der Kostenerstattungsregelung bei Bürgerbegehren entstehen den Kommunen erhebliche Mehrausgaben, die durch das angestrebte Mehr an direkter demokratischer Teilhabe oder Transparenz kaum zu rechtfertigen sind. Wesentliche vorgeschlagene Gesetzesänderungen werden zudem bereits von den bestehenden Regelungen erfasst. (...) Auch das Thema Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Kommunen war in dieser Legislaturperiode in unterschiedlichsten Varianten immer wieder Thema im Thüringer Landtag. Im Ergebnis dieser Auseinandersetzung mit den bestehenden Vorschriften sehe ich zwar einen Prüf-, aber keinen zwingenden Regelungsbedarf, da die bestehenden Regelungen, wie die durchgeführten Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zeigen, durchaus praktikabel und umsetzbar sind, sollten sie erst nach sorgfältiger Prüfung des Änderungsbedarfs überarbeitet werden. (...)



Im Landtag steht jetzt die Debatte zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion zur Lage der Kommunen in Thüringen an.

Unser Archivfoto entstand bei einer Aktion im Herbst 2012 zur Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Im Foto (v.l.) Frank Persike, Bürgermeister von Bad Blankenburg (LINKE), und MdB Frank Kuschel.

über Abgaben oder privatrechtliche Entgelte der Gemeinden muss einen Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahmen enthalten.“ So steht das da drin. Ich stelle mir das relativ lustig vor, Herr Kuschel. Wenn Sie den Abgabenvorbehalt in dieser Form aus dem kommunalen Gesetz streichen wollen, dann heißt das, die Bürger können auf eigene Ideen kommen, wie sie die Abgabenlast verringern oder wegfallen lassen können und sie können eigene Vorschläge bringen. Sie können nicht nur, sie müssen sogar. Jetzt frage ich mich aber, wie soll dieses Verfahren denn eigentlich aussehen?

Dirk Adams, B90/DIE GRÜNEN:

Es ist doch eins ganz klar, Herr Kollege Hey, Demokratie, das kostet Geld, Demokratie, das macht Arbeit. Die ganze Entwicklung unseres parlamentarischen Systems, unserer Demokratie wäre doch undenkbar vor dem Hintergrund, dass wir an jeder Entscheidungsschwelle immer wieder gesagt hätten: Wie, das jetzt auch noch? (...) Deshalb ist das keine schlechte Initiative, die die Fraktion DIE LINKE hier vorbringt. Wir wollen mehr Demokratie wagen und wir sind auch der Meinung, sehr geehrte Frau Holbe, dass es na-

meinde, im Verhältnis Gemeinderat - Bürgermeister, im Verhältnis kommunale Gemeinschaftsarbeit und im Verhältnis Kommune zum Land auf neue Herausforderungen als Gesetzgeber eine Antwort geben müssen.

Nicht von ungefähr wird es immer schwieriger, Menschen zu finden, die sich dem Ehrenamt stellen. Es hat aber auch etwas mit den Grenzen im Kommunalrecht zu tun. Ich will Ihnen das an dem Beispiel der Sitzung der Ausschüsse mal verdeutlichen. Die kommunalen Ausschüsse tagen nicht öffentlich. Es gibt aber ein hohes Bedürfnis bei der Bevölkerung, schon frühzeitig in Entscheidungsprozesse mit einbezogen zu werden. Das beginnt immer mit Information und Transparenz. Insofern schlagen wir vor, dass die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen. Jetzt heißt der Grundsatz Nicht-öffentlichkeit und wir wollen die Öffentlichkeit.

Das schränkt aber doch nicht die Rechte des Gemeinderats oder des Bürgermeisters ein, sondern, wir sind überzeugt, es ist ein Zugewinn, es ist ein Zugewinn für alle Beteiligten. Dinge, die wir aufgreifen, sind nicht ausschließlich Forderungen der Linken, insbesondere was das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Gemeinde

Erfolgsgeschichte(n) auf der Spur

Zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Sigrid Hupach (DIE LINKE) hat sich das Ressort Inneres und Kommunales der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in Heilbad Heiligenstadt auf Informationstour begeben.

Seit über 20 Jahren gibt es nunmehr die Eichsfeldwerke. Begonnen hat es mit dem Verkauf von Kohle, berichtete Geschäftsführer Ulrich Gabel der linken Besuchergruppe. Nunmehr ist man in sechs Bereichen aktiv, hat 325 zu meist aus der Region stammende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und macht einen jährlichen Umsatz von 80 Millionen Euro. Die Holding bildet sich aus den Bereichen Bus, Entsorgung, Wasser, Projekt und Eichsfeldgas.

Die Werke befinden sich zu einhundert Prozent im Besitz des Landeskreises Eichsfeld. Insgesamt werden 80.000 Kundinnen und Kunden in allen Sparten durch den Betrieb betreut. Seit Gründung konnten fast 500 Millionen Euro Investitionen getätigt werden. Die letzte große Investition fand mit der Errichtung einer Biogasanlage in Weißenborn-Lüderode statt.

Diese Form eines kommunalen Unternehmens ist nach Kenntnis von Gabel mindestens thüringenweit, wenn nicht sogar in ganz Deutschland, einmalig. Durch einen steuerlichen Querverbund kann der Zuschuss des Kreises zum öffentlichen Personennahverkehr minimiert werden und somit eine Entlastung der Kreisumlage erfolgen.

Für die Landtagsabgeordnete Diana Skibbe, Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im

Landtag, ist die Entwicklung der Eichsfeldwerke eine Erfolgsgeschichte und empfiehlt sich als Modellprojekt in der kommunalen Unternehmenslandschaft.

Beim anschließenden Treffen mit Wehrführer Heinz Anhalt und dem Jugendfeuerwehrwart Alexander Beck konnte sich die linke Delegation vom



engagierten Wirken der Freiwilligen Feuerwehr Heiligenstadt überzeugen, welche in diesem Jahr das 150. Jubiläum feierlich begeht. Das Durchschnittsalter der 54 Einsatzleute – unter ihnen drei Frauen – beträgt 25 bis 30 Jahre, von denen allerdings auf Grund persönlicher Arbeitssituationen zumeist nur die Hälfte an Einsätzen teilnehmen kann. Davon gibt es in jedem Jahr 300 bis 350. Auf Brandeinsätze entfallen dabei gut 30 Prozent. 10 bis 15 der Einsätze stehen im Zusammenhang mit Unfällen auf der nahen Autobahn. Alexander Beck konnte

berichten, dass man mittlerweile an allen Kindergärten der Stadt die Brand-schutzerziehung vornehme und dass gerade auch bei der Nachwuchsgewinnung Kinder mit Migrationshintergrund im Fokus stehen.

Dass der Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr in der Stadt hohe Anerkennung gezollt wird, zeigt sich nicht nur in der

im Verhältnis zu anderen Wehren erstklassigen technischen Ausstattung, sondern auch in der Tatsache, dass der Förderverein 120 Mitglieder hat. Mit einem Festgottesdienst am 29. August und einem Tag der offenen Tür am 31. August dieses Jahres werden die Feierlichkeiten zum 150. Jubiläum ihren Abschluss finden. Für Sigrid Hupach von der Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Gelegenheit, wieder einmal bei den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Heiligenstadt vorbei zu schauen.

Text und Foto: Matthias Gärtner ■

Landrat scheidet mit Vorstoß grandios

Mit einer Petition wollte der Landrat des Kreises Saalfeld-Rudolstadt die hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten abschaffen und durch ehrenamtlich Tätige ersetzen. „Dass er lediglich 135 der benötigten 1.000 Unterschriften erhalten hat, freut mich“, sagt die LINKE Landtagsabgeordnete Karola Stange. „Damit ist sein Anliegen, der Gleichstellungsarbeit in Thüringen nachhaltig Schaden zuzufügen, grandios gescheitert. Als vergiftetes Abschiedsgeschenk will Herr Holzhey die Gleichstellungsbeauftragten Isrid Müller noch von ihrem Amt abberufen, bevor er sich nach der Kommunalwahl freiwillig aus der Politik zurückzieht. Wir lassen gerade im Gleichstellungsausschuss prüfen, ob er damit die Vorschriften aus dem Gleichstellungsgesetz verletzt hat.“

Die Beauftragten brauchen nicht weniger, sondern mehr Ressourcen und Zeit und dürfen nicht mit anderen Aufgaben überlastet sein. Die LINKE hatte in ihrem Gesetzentwurf zur Novellierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes vorgeschlagen, dass Gleichstellungsbeauftragte eine 100-Prozent-Stelle bekommen und sich nicht gleichzeitig noch um Datenschutz, ausländische oder ältere Mitbürger kümmern müssen. ■

„Kalivertrag: Tricksen, Täuschen“ Fortsetzung von S. 7

Es muss geklärt werden, wer auf Seiten Thüringens so unprofessionell und verantwortungslos gehandelt hat. Die LINKE hatte vor längerer Zeit den Bundestag eingeschaltet und keine aussagekräftigen Informationen erhalten. Es stelle sich die Frage, „ob und wie die Landesregierung und Behörden mit den anderen rechtlichen Ausstiegsmöglichkeiten umgegangen sind“. Der Landtag als Haushaltsgesetzgeber hat trotz verfassungrechtlicher Informationsansprüche nie alle Fakten und Unterlagen auf den Tisch bekommen.

Die jetzt schon vorhandenen Anhaltspunkte, dass Steuergelder für Maßnahmen geflossen sind, die nicht zur Altlastenfreistellung gehören, müssen weiter verfolgt werden. Das betrifft auch die Details der praktischen Vertragsabwicklung. Die Rolle der einzelnen Vertragsparteien muss kritisch hinterfragt werden.

Daher ist die Anhörung im Umweltausschuss, zu der die LINKE einen umfangreichen Fragenkatalog und eine Liste von Anzuhörenden beigesteuert hat, von besonderer Bedeutung. Die globalen Freistellungen kamen unter Umgehung des Parlamentes zustande. Die Geheimhaltungsklausel im Kalifusionsvertrag führte zur faktischen arglistigen Täuschung des Landes Thüringen durch den Bund. Dass der Landtag

wegen der finanziellen Auswirkungen unter Offenlegung aller Verträge und Dokumente zwingend hätte beteiligt werden müssen, lässt sich auch aus Vergleichsfällen in anderen Bundesländern und Urteilen der Verfassungsgerichte entnehmen. Thüringen muss sich aus diesen skandalösen Freistellungsverpflichtungen endlich lösen, sonst muss es auf unabsehbare Zeit jährlich mindestens 20 Millionen Euro an einen Wirtschaftskonzern mit Milliardenumsatz zahlen. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Mohrings WLAN-Kommunismus

Bei dieser Geschichte muss man etwas weiter ausholen. Nein, zuerst gilt es, ein Zitat voranzustellen, um das Folgende besser einordnen zu können: „Alle menschlichen Organe werden irgendwann einmal müde, nur die Zunge nicht.“ Gesagt hat das Konrad Adenauer, CDU. Dessen politischer Ururenkel Mike Mohring, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, kandidiert auch für den Kreistag Weimarer Land. Und hatte dabei eine Idee. Innerhalb der „Ideenschmiede Heimat“ der CDU sogar. Eine Idee, die er noch dazu flugs in den sozialen Netzwerken verkündete. Der heimatische Ideenschmied Mike Mohring will nun also „freies WLAN auf öffentlichen Plätzen“.

Man soll die Ideen ja schmieden, so lange sie heiß sind – sagt eine alte (Ideen-)Schmiederegul. Diese Idee hier ist allerdings nicht mehr ganz so heiß, weil gar nicht mehr neu. Deshalb jetzt der versprochene Exkurs. Ein „Modellprojekt für kostenloses öffentliches WLAN in Thüringen“ hatte die Linksfraktion schon im Juli 2012 im Landtag gefordert – die Grundlage dessen, was der Heimat-Ideenschmied der CDU knappe zwei Jahre später vorschlagen wird. Im September 2012 debattiert man den Antrag im Plenum. Legendärer Höhepunkt des dortigen Gedankenaustauschs ist ein Zwischenruf von Volker Emde, immerhin Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion. Der hielt den Vorschlag der Linksfraktion nämlich, ausweislich des Protokolls, für eine „Kommunistische Herangehensweise“, um seine Ablehnung und die seiner Fraktion besonders deutlich zu machen. Ironie der Geschichte: Auf diesen kommunistischen Pfaden wandelt nun wohl auch Mike Mohring, folgt man jedenfalls Emdes Logik. Oder: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.“ Das soll auch Adenauer gesagt haben. ■